

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
des Städtetages Nordrhein-Westfalen
Dr. Stephan Articus

Mitgliederversammlung 2008
des Städtetages NRW am 17. Juni 2008 in Wuppertal

Erläuterungen zum Geschäftsbericht

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Minister Wolf,
sehr geehrter Herr Vorsitzender,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

heute lege ich Ihnen den Geschäftsbericht des Städtetages Nordrhein-Westfalen 2008 vor. Er dokumentiert die Themenbreite und –tiefe, mit der wir uns im Berichtszeitraum in der Geschäftsstelle befasst haben. An erster Stelle sind auch dieses Jahr wieder die großen Themen zu nennen: die Finanzen der Städte, die Verwaltungsstrukturreform, der Ausbau der Kindertagesbetreuung, die Novelle der Gemeindeordnung. Sie werden aber bemerken, dass es neben den großen Themen auch viele kleinere und scheinbare Nebenthemen sind, mit denen sich der Städtetag befasst hat. Diese Themen haben ihre Berechtigung und Bedeutung, da sie in den jeweiligen Fachbereichen oft mit entscheidenden Weichenstellungen für die Städte verbunden sind. Auch in diesen Bereichen engagiert sich der Städtetag für seine Mitglieder und erringt, oftmals abseits vom Scheinwerferlicht der Medien, Erfolge für seine Mitglieder.

Ich möchte Ihnen den umfangreichen Themenkatalog des Geschäftsberichts nicht vortragen; er eignet sich sicherlich besser dazu, gelesen zu werden. Unser scheidender Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister Schramma, hat in seiner Rede bereits viele Themen angesprochen, die uns im Berichtszeitraum besonders beschäftigt haben. Auch dies möchte ich Ihnen nicht wiederholen.

Stattdessen möchte ich die Gelegenheit nutzen, die inhaltliche Themenstellung unserer Mitgliederversammlung zu vertiefen. Wir haben das Thema der Integration gewählt, weil es sich nach unserer Meinung – der Vorsitzende hat es schon angesprochen – um eine echte Zukunftsfrage für das gelingende Zusammenleben in unseren Städten handelt. Dies gilt um so mehr, wenn man den Begriff Integration in einem umfassenden Verständnis und nicht verengt auf Migration begreift. Bewusst haben wir in das Motto der Mitgliederversammlung auch das Wort Herausforderungen aufgenommen. Wir stellen fest, dass die Anstrengungen zur Integration in vielen Städten, die ja seit Jahrzehnten unternommen werden, beachtliche Erfolge gebracht haben. Dennoch stellt sich wohl jeder von uns die Frage, ob die bisherigen Maßnahmen und Bemühungen ausreichen, um die notwendigen Integrationsleistungen zu meistern, die auf die Städte zukommen werden.

Daraus ergibt sich eine doppelte Fragestellung. Erstens: Welche Herausforderungen kommen auf die Städte zu ? Und zweitens: Unter welchen Bedingungen, in welchem Kontext müssen die Städte diese Herausforderungen bewältigen ?

1. Um die Herausforderungen an Hand von Befunden zu beschreiben, müssen wir etwas über das Wesen der Integration verstehen. Integration ist kein Zustand, sondern ein Netzwerk zwischen Menschen und den Systemen, in denen das tägliche Leben einschließlich seiner kulturellen Grundlagen organisiert ist. Integration ähnelt mehr einem hochflexiblen Beziehungsgeflecht, das sich dem gewünschten Idealbild mal mehr annähert, mal aber auch von ihm entfernen kann. Der Prozess oszilliert also quasi zwischen den Polen gelingender Integration und bedrohlicher Desintegration.

Gelingende Integration ist erkennbar an einem friedlichen Zusammenleben der Stadtgesellschaft in ihrer Vielfalt, an der Bereitschaft der Menschen, auch Fremdheit und Andersartigkeit wohlwollend zu akzeptieren, solange sie von einem Bekenntnis zu gemeinsamen Grundwerten getragen sind, an der Toleranz der sozialen Gruppen untereinander, an ihrer Bereitschaft, in der gemeinsamen städtischen Lebenswelt eine politische Gemeinschaft auf der Grundlage des Grundgesetzes zu erkennen, sich zu dieser Gemeinschaft in Gedanken und im Handeln zu bekennen, sie aktiv mitzugestalten, an der Durchlässigkeit der gesellschaftlichen Schichten. Dies gilt für Migranten genauso wie für die unterschiedlichen Lebenswelten alter und junger Menschen, armer und reicher, von Menschen mit und ohne Behinderungen.

Die Herausforderungen lassen sich an Hand der Kehrseiten dieses Positivbildes darstellen: eine Pluralität der Lebensstile, die nicht vom Willen zur Verständigung untereinander getragen wird, soziale Gruppen und Schichten, die sich über Abgrenzung und Abschottung definieren statt über den Willen, eigene Beiträge zum gemeinsamen Lebensraum Stadt zu leisten, Fremdheit, der mit Argwohn statt mit Neugierde begegnet wird, und schließlich mangelndes Verständnis und fehlender Respekt für die grundgesetzliche Ordnung als normativer Grundlage wären alarmierende Zeichen der Desintegration. Für den alltäglichen Umgang miteinander würde dies bedeuten: Menschen begegnen sich mit Unverständnis, Argwohn oder schlimmstenfalls gar Angst.

Desintegration entsteht aus gesellschaftlichen Misständen: Langzeitarbeitslosigkeit, durch die die integrierende Kraft der gemeinsamen Arbeitswelt ausgeschaltet wird, Bildungsmängel,

die sozialen Aufstieg und kulturelles Verständnis erschweren, dauerhafte Armut und Abhängigkeit von Transferleistungen, die die Kraft spendende Hoffnung auf materielle und ideelle Teilhabe rauben.

Städte können diese Faktoren keinesfalls alleine beheben. Sie leisten aber viel, um sie mit ihren Mitteln zu bekämpfen. Um dieses kommunale Engagement zu stärken, haben wir das Thema Integration zu einem Schwerpunkt in der Arbeit des Städtetages erklärt. In den vergangenen anderthalb Jahren haben wir mit unseren Mitgliedstädten in der Bearbeitung dieses Schwerpunktthemas einiges geschafft. Wir haben gemeinsam Konzepte entwickelt und weiterentwickelt, wir haben dafür gesorgt, dass wir noch mehr von einander lernen und bewährte Ansätze untereinander austauschen. Zwei Ergebnisse, die vielen von Ihnen bekannt sein dürften, sind die Broschüre „Integration von Zuwanderern“ mit vielen wegweisenden Best-Practice-Beispielen, und der Beitrag des Deutschen Städtetages zum Nationalen Integrationsplan der Bundesregierung. Ich bin froh und ermutigt, wenn ich sehe, wie viel Engagement und Sachverstand in den Städten bereits vorhanden ist, um Sprachbarrieren und Armutsrisiken abzubauen, kulturell-ethnische Segregation zu überwinden, die Folgen der Langzeitarbeitslosigkeit zu mindern und Perspektiven und Chancen für das Zusammenleben der Menschen in der Stadt zu entwickeln.

2. Dies bringt mich zur zweiten Frage: Unter welchen Bedingungen gelingt Integration in den Städten? In welchem Kontext bemühen sich die Städte um erfolgreiche Integration? Sicherlich wäre die Feststellung nicht falsch, dass in der Verdichtung der Städte unweigerlich Integration stattfindet, ganz einfach, weil dort ganz unterschiedliche Lebenssituationen und Lebensentwürfe auf engem Raum miteinander in Berührung geraten. Doch allein das ist natürlich noch keine gelingende Integration, denn ein Aufeinandertreffen ohne Verständnis könnte Antagonismen eher verstärken denn abbauen. Die integrationsfördernden Maßnahmen der Kommunen sind also unverzichtbar, und sie gehen über ein bloßes Mindestmaß weit hinaus.

Dennoch gelingt Integration dauerhaft nur, wenn sich alle Akteure in Staat und Gesellschaft als kooperierende Teile eines Netzwerkes begreifen und auf das gemeinsame Ziel einer integrierenden Gesellschaft hinarbeiten. Bund und Land verfügen über Regelungskompetenzen, die über den Rahmen hinaus gehen, in dem die Städte agieren können. In der Wirtschaftspolitik, in der Arbeitsmarktpolitik, im Staatsangehörigkeitsrecht, in der Bildungspolitik finden Wei-

chenstellungen statt, die mitentscheidend sind für das Gelingen der Integration vor Ort. Und darüber hinaus gestalten Bund und Land Bedingungen für das Gedeihen der Städte, die diese erst in die Lage versetzen, engagierte Integrationspolitik vor Ort zu betreiben. Der Vorsitzende hat in diesem Zusammenhang von der Notwendigkeit gesprochen, finanziell handlungsfähige, vitale, lebendige Städte zu schaffen.

Integrationspolitik in der Stadt bedeutet, ein hohes Maß an Zuwendung für diejenigen zu gewährleisten, die Förderbedarf haben, es bedeutet, über lange Zeiträume beharrliche und geduldige Bemühungen vorzunehmen, die sich nicht unmittelbar wirtschaftlich auszahlen. Es bedeutet manchmal auch, Versäumnisse auf Bundes- und Landesebene aufzufangen – zur Not auf eigene Kosten. All dies braucht Ressourcen und finanzielle Spielräume. Wie sollen Städte dies leisten, denen der Bund über lange Jahre Aufgaben übertragen hat offenbar in der Erwartung, diese würden sich schon irgendwie selber finanzieren? Denen nicht nur die „freie Spitze“ fehlt, sondern die nicht einmal die ihnen übertragenen Pflichtaufgaben finanzieren können, ohne auf Kassenkredite in Volumina zurückzugreifen, die mit den Grundsätzen ordnungsgemäßer Haushaltsführung nichts mehr gemein haben? Finanziell schwache Städte – und diese gibt es leider immer noch in großer Zahl in unserem Land – können trotz aller Anstrengungen nicht leisten, was für eine wirklich gelingende Integrationspolitik vor Ort notwendig wäre.

Zumal gerade diese Städte in einem Teufelskreis stecken: In strukturschwachen Städten sind die Soziallasten überdurchschnittlich hoch, die Investitionsquoten gezwungenermaßen niedrig. So ergibt sich aus einer schwachen Wirtschaftsstruktur eine schwache Sozialstruktur und aus beiden schwache städtische Finanzen und geringe Verwaltungs- und Investitionskraft. Dies mündet nicht zwangsläufig in geringem Integrationswillen, führt aber typischerweise dort zu den größten Herausforderungen, wo überdurchschnittlichen Problemen unterdurchschnittliche Ressourcen gegenüberstehen. Sie sehen, wie sich in diesem Punkt die Voraussetzungen einer gelingenden Integrationspolitik mit einer städtefördernden Politik auf Bundes- und Landesebene treffen.

Meine Damen und Herren, wir haben erfreulicherweise in den vergangenen Jahren eine Verbesserung der städtischen Finanzen verzeichnet. Allerdings zeigt sich ein sehr uneinheitliches Bild: Während einige Städte von der verbesserten Einnahmelage profitieren, kommt dieser Aufschwung bei anderen so gut wie gar nicht an. Daher ist die Frage „Geht es den Städten gut?“, die man vor wenigen Jahren noch recht einfach in dieser Pauschalität stellen konnte, nicht mehr zeitgemäß. Man müsste heute fragen, „Wie vielen Städten geht es gut, wie vielen

Städten geht es schlecht?“, und „Was ist zu tun, damit die sich öffnende Schere nicht allzu weit auseinander geht?“. Wir müssen Formen der Solidarität unter den Städten finden und auch zwischen Bund, Ländern und Kommunen, die Anreize setzen, das zu tun, was man selbst tun kann, und die denjenigen Perspektiven eröffnen, denen sich kein eigener Ausweg aus unverschuldeten strukturellen Schieflagen bietet. In vielen Städten harren die kommunale Haushalte immer noch dringend ihrer Sanierung, aber allein das Vertrauen auf die gute Einnahmelage der jüngeren Vergangenheit reicht wegen der ungleichen Verteilung der Steuereinnahmen nicht aus. Viele Städte haben seit Jahren hart und schmerzhaft gespart und konsolidiert. Entscheidend ist nun, die den Städten über Jahre auferlegten Belastungen durch unterfinanzierte übertragene Aufgaben zurückzufahren, damit mehr Spielraum bleibt, die eigenen Aufgaben, auch im Bereich der Integration, zu schaffen.

Nun komme ich zum Schluss meiner Rede. Ich möchte an dieser Stelle nicht versäumen, einen ganz herzlichen Dank an meine Mitarbeiter in der Geschäftsstelle auszusprechen, die die tägliche Arbeit des Städtetages für Sie, unsere Mitgliedsstädte, erledigen. Ganz besonders bedanke ich mich bei denen, die an dieser Mitgliederversammlung mitgewirkt und dazu beigetragen haben, sie zu dieser gelungenen Veranstaltung zu machen. Ebenfalls danke ich sehr herzlich der Stadt Wuppertal für ihre Gastfreundlichkeit und die gelungene Ausrichtung unserer Tagung. Bei Herrn Oberbürgermeister Schramma bedanke ich mich für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit während seiner Zeit als Vorsitzender des Städtetages NRW!

Schließlich danke ich Ihnen, den Delegierten der Mitglieder des Städtetages, für ihr Engagement im Verband. Davon leben wir. Ohne die Bereitschaft der städtischen Entscheidungsträger, sich für das Wohl nicht nur ihrer eigenen Stadt, sondern der Städte in NRW insgesamt einzusetzen, wäre die effektive Vertretung städtischer Interessen nicht möglich. Für Ihre Solidarität und Ihr Engagement spreche ich Ihnen meinen herzlichsten Dank aus.